Ohne Uebertreibung läßt sich behaupten und nachweisen, daß mindestens die Hälfte aller in den Untersuchungsausschüssen behandelten Beratungsgegenstände in den Ministerien selbst ohne weiteres glatt und ein für allemal erledigt werden könnten bzw. vom Landtagspräsidenten selbst, soweit es sich um Zuschriften handelt, von denen nur der Landtag Kenntnis bekommt. Es wäre für den Präsidenten des Staatsrechnungshofes vielleicht ein wichtiger Fingerzeig, den Prüfungsausschuß einmal eine gewisse Zeit daraufhin zu prüfen, wieviel von seiner Arbeit produktiv im Sinne parlamentarischer und gesetzgeberischer Notwendigkeit, aber auch welcher Prozentsatz restlos unproduktiv ist. Nach einer solchen Feststellung müßte es dem Staatsrechnungshof dann leicht sein, die nötigen Sicherungsmaßnahmen gegen eine weitere Ueberwucherung des parlamentarischen Betriebes vorzuschlagen. Wenn so Dutzende von oft sehr hohen Regierungsbeamten die vielen nutzlosen Stunden einsparen können für ihre eigentlichen Aufgaben, dann würde auf diesem Wege wieder bald festgestellt werden können, welcher Prozentsatz an Staatsbeamten bei einer Aenderung des von mir kritisierten Systems einzusparen ist."

Schließlich weist Abg. Berg auf die Tatsache hin, daß die Durchführbarkeit einer ganzen Reihe der Schiedtschen Vorschläge von der Einstellung des sächsischen Parlaments abhängig sein wird und er folgert daraus:

„Es wäre aber geradezu eine Satire, wenn ein aufgeblähtes Parlament andere Ressorts vereinfachen wollte. Der Landtag ist nach der Verfassung die gesetzgebende Körperschaft in Sachsen. Bezeichnet man ihn als Kopf des ganzen Apparates, so erscheint die Forderung nicht nur berechtigt, sondern durchaus begründet, daß erst der Kopf kuriert wird, weil sonst eine Gesundung der übrigen Körperteile überhaupt nicht eintreten kann. Jedenfalls wäre es falsch, die Verwaltungsreform auf die Glieder des Gesamtkörpers zu erstrecken, aber den Kopf faul und morsch zu lassen.

Die Voraussetzung für die Aenderung des parlamentarischen Systems ist die Aenderung der sächsischen Verfassung. Es müßte deshalb eine Aenderung der Verfassung sowohl hinsichtlich der Zahl der Abgeordneten wie hinsichtlich der Aufgaben des Landtages vorgenommen werden. Die letzteren könnten zweckmäßigerweise durch die Verfassung eingeschränkt werden. Zum mindesten müßte der Regierung das Recht eingeräumt werden, gegen Beschlüsse des Landtages, die eine wesentliche Ueberziehung des Etats verursachen, und gegen solche, die auf Grund reichsgesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen undurchführbar sind, nicht nur einfach Protest zu erheben, sondern die Wiederholung solcher Landtagsbeschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu fordern! Wenn so planmäßig die Regierung bzw. die Ministerien und in Betracht kommenden Behördenstellen besser als bisher geschützt sind, dann erst wird der sächsische Landtag auch berufen genug sein, der Regierung die eigentlichen Verwaltungsvereinfachungen vorzuschreiben."

Eine Absage an den Reichserneuerungs-Bund

In der gestrigen Sitzung des Württembergischen Landtages stand die Frage des Einheitsstaates wieder im Mittelpunkt. Im Namen des Zentrums erklärte der Abgeordnete Andre: Mit Gründungen wie dem Bund zur Erneuerung des Reiches komme man nicht weiter. Eine vernünftige Lösung der vorhandenen Unstimmigkeiten sei nur auf dem Boden der Einzelstaatlichkeit möglich. Einverstanden sei das Zentrum mit dem Verschwinden der Kleinstaaten, mit einer durchgreifenden Grenzbereinigung und auch mit einer Verschmelzung von Württemberg, Baden, Hohenzollern: auf der anderen Seite erblicke es im Einheitsstaat eine große Gefahr für die ganze wirtschaftliche und kulturelle Struktur der Länder.

Die Städte fordern Wiedereinführung der Getränkesteuer

Der Deutsche Städtetag hat an die Oberbürgermeister, Kämmerer und Wohlfahrtsdezernenten der ihm angeschlossenen Städte ein Rundschreiben versandt, in dem er dafür eintritt, daß zur Beseitigung bzw. Linderung der Finanznöte der Gemeinden die Getränkesteuer erhöht werden müsse. In der sehr interessanten Denkschrift heißt es u. a., daß im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Heranziehung aller Steuerquellen und zur Unterstützung der in ihrer Leistungsfähigkeit insbesondere in der Wohlfahrtspflege schwer benachteiligten Gemeinden die Wiedereinführung der Trinkbranntwein- und Weinsteuer und eine ganz erhebliche Steigerung ihrer bis zum 31. März 1927 in Geltung gewesenen Sätze zu fordern sei. Die Beseitigung der Trinkbranntweinsteuer und die Senkung der Biersteuer sei ganz besonders unbillig deshalb, weil gerade die steigenden Schadenswirkungen des Alkoholmißbrauchs die öffentlichen Finanzen mit

Und Westarp sprach . . .

Graf Westarp hielt gestern in Kassel eine Rede, in der er zur Frage der Verwaltungsreform und zum Schulgesetz Stellung nahm.

Die Deutschnationalen hätten in ihrer Entschließung vom 9. Dezember ein konkretes Programm für die Verwaltungsreform aufgestellt, das für die Politik der Partei maßgebend bleibe. Die Deutschnationalen sähen die eigentliche Ursache der verschwenderischen Ausgabenwirtschaft in der Ueberparlamentarisierung aller öffentlichen Körperschaften und der Allmacht der Parteimehrheit. Gegenüber diesem Mißstand trete das Verhältnis zwischen Reich und Ländern als Ursache der Mißstände zurück.

Die Erkenntnis, daß der Einheitsstaat die notwendigen und erwarteten Ersparnisse nicht bringen werde, gewinne überall an Boden.

Damit sei jedoch nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern nicht reformbedürftig sei. Er hoffe, daß die Reichsregierung und die Konferenz der Ministerpräsidenten, die am 16. d. M. beginne, zu praktischen und konkreten Vorschlägen kommen werde. Enklaven müßten beseitigt werden und ferner müsse die Frage geklärt werden, was aus Einzelstaaten werden solle, die ihre Existenz nicht mehr behaupten könnten. Weiter

müsse der Aufgabenkreis der öffentlichen Hand wesentlich eingeschränkt werden,

daß durch ein Finanzgrundgesetz Ausgaben nicht ohne Zustimmung der Regierung und nicht ohne gleichzeitige Fürsorge für die Deckung bewilligt werden. Auch die Befugnisse des Sparkommissars müßten erweitert werden. Im übrigen sei die Verwaltungsreform aber

Kleinarbeit, die eher in der Praxis als durch Aufstellung von Grundsätzen geübt werde.

Zur Schulreform führte er sodann aus, daß ebenso wie das Zentrum auch die Deutschnationalen der Ansicht seien, daß eine Verabschiedung des vorliegenden Kendellschen Entwurfes eines christlichen Schulgesetzes

zu den dringendsten Aufgaben, aber auch zu den Voraussetzungen des Bestandes der Koalition gehöre.

Wenn die französischen Wahlen eine Regierung bringen sollten, die den berechtigten deutschen Ansprüchen auf Räumung und Abrüstung geneigter sei als die jetzige so komme viel darauf an, daß im Juni nicht eine Regierungskrise und unsichere Verhältnisse nach der Neuwahl herrschten, sondern, daß dann eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden sei. Das könnte unter den gegebenen Umständen nur die jetzige Regierungskoalition sein.

Die Untersuchung der Reparationsschwindeleien

Auch Belgrad beteiligt?

Die Untersuchung in der Angelegenheit der Betrügereien auf Reparationskonto nimmt ihren Fortgang. Sie wurde nunmehr auch auf Chartres, Meaux und Reims ausgedehnt. Nach Mitteilungen des französischen Finanzministeriums soll durch die Angelegenheit ausschließlich der französische Staat geschädigt sein.

Die Schätzungen über den Umfang der Betrügereien schwanken zwischen 40—100 Millionen Frank.

Bei den in Betracht kommenden Geschäftsleuten und Geschäftshäusern wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt. Einem Abendblatt zufolge sollen ähnliche Manöver auch in Belgrad stattgefunden haben und der französischen Regierung mitgeteilt worden sein, doch habe man ihnen damals noch keine große Bedeutung beigemessen.

Ausgaben belasteten, zu denen der Betrag, der aus den Getränkesteuern zur Abwürgung der öffentlichen Lasten geleistet werde, in gar keinem Verhältnis stehe.

Im Sommer wird er fliegen!

L. Z. bleibt in deutschem Besitz

Wie Dr. Eckener dem Sonderberichterstatter des B. T. mitteilte, sind die Arbeiten am L. Z. 127 soweit fortgeschritten, daß Anfang Mai mit der Fertigstellung des neuen Luftkreuzers gerechnet werden kann. „Das Luftschiff wird fertig und wenn ich den letzten Stuhl versetzen muß, um das Geld zusammen zu bekommen. Wenn wir die erste Probefahrt hinter uns haben, wird es dann wohl schon anders werden." Das Schiff soll ausschließlich zu großen Fahrten Verwendung finden und wenn Dr. Eckener das nötige Geld zusammenbekommt, macht er eine Fahrt um die Welt mit zwei bis drei Zwischenlandungen.

Durch Verwendung einer neuartigen Gasmischung als Betriebsstoff entfallen bei L. Z. 127 mindestens 30 000 Kilogramm toter Belastung, die L. Z. 126 bei seiner Amerikafahrt mit sich führen mußte. Neben der Passagierbeförderung soll das neue Luftschiff hauptsächlich eilige Postsachen mitführen, die — nur etwa dreimal so teuer wie gewöhnlich — in einem Drittel der sonst notwendigen Beförderungszeit ans Ziel gelangen.

„Das neue Luftschiff bleibt" — so betonte Dr. Eckener ausdrücklich — „deutsches Nationaleigentum" und soll vor allem ein modernes Instrument darstellen, gute Beziehungen zwischen Deutschland und dem Ausland, insbesondere dem überseeischen, herzustellen und sie auszubauen.

Schon wieder große Spritschiebungen

Seit etwa einem halben Jahre wurde in Westdeutschland auffallend billiger Branntwein mit einem merkwürdigen Beigeschmack angeboten, der schon des unmöglich billigen Preises wegen auf unreelle Herkunft schließen ließ. Die Versuche der Zollpolizei, die Herkunft dieses Branntweines festzustellen, wurden dadurch erschwert, daß auf dem Wege von dem noch unbekannt gewesenen Hersteller zu den zahlreichen Abnehmern

zahlreiche Spediteure, die sich zum Teil gegenseitig überhaupt nicht kannten, eingeschaltet

waren und daß die Ware nicht auf der Eisenbahn, sondern ausschließlich mit Lastkraftwagen befördert wurde. Dieser Tage gelang es nun den Beamten der Zollfahndungsstelle Frankfurt a. M., die bei der Herstellung und dem Vertrieb beteiligten Personen, die sich in der Nähe von Koblenz

zur Vorbereitung einer Auslandsreise zusammengefunden

hatten, festzunehmen und in das Koblenzer Gerichtsgefängnis einzuliefern.

Die Seele des dunklen Geschäfts ist der auch im Zusammenhang mit der Spritaffäre Schwarz viel genannte Kaufmann Adolf Bauer aus Köln. Er hatte, wie durch die Kölner Zollfahndungsbeamten festgestellt worden war, in Köln-Merheim einen Betrieb größeren Umfanges eingerichtet,

in dem er verbotswidrig den in dem Autobetriebsstoff Monopolin enthaltenen Alkohol auf chemischem Wege zurückgewann.

Monopolin ist, um es für Trinkzwecke auszuschließen, mit anderen Stoffen, u. a. Benzin, gemischt und kostet handelsüblich 36 Pfg. je Liter. Es enthält etwa 50 v. H. Alkohol, der auf legalem Wege, weil mit Branntweinsteuer belastet, im Handel nicht unter 2,50 Mark zu haben ist. Zweifellos handelt es sich um bedeutende Mengen, da

allein Koblenzer Spirituosengroßhändler innerhalb weniger Monate über 150 000 Liter des aus dem Monopolin hergestellten Trinkbranntweins erhalten haben.

Explosionsunglück im Hamburger Hafen

Ein schweres Unglück ereignete sich, wie bereits in einem Teile der gestrigen Auflage mitgeteilt, Donnerstag früh gegen 7 Uhr im Hamburger Hafen mitten auf der Elbe. Dort war durch eine Explosion eine Motorbarkasse, die von annähernd 100 Werkleuten zur Ueberfahrt nach ihrer Arbeitsstätte benutzt wurde, in Brand geraten. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit aus, so daß die Fahrgäste in höchste Lebensgefahr gerieten. Andere Barkassen und Fahrzeuge eilten sofort herbei, um die Fahrgäste aufzunehmen. Die Arbeiter sprangen teils über Bord, teils wurden sie von den Stichflammen ergriffen. Trotz der schnellen Hilfsmaßnahmen war es nicht zu verhindern, daß 35 Personen Verletzungen durch Brandwunden erlitten. Die brennende Barkasse trieb dann auf der Elbe. Die Feuerwehr löschte mit einem Rohr das Feuer.

Die Untersuchung hat ergeben, daß Benzin in die Bilge gelangt sein muß und durch noch nicht geklärte Ursachen zur Entzündung kam. Bei der explosionsartigen Verbrennung ist die Brennstoffleitung am vorderen Benzintank abgerissen worden, wodurch Benzin auslief und die Brandwirkung erhöhte. Der Tank selbst blieb unversehrt und teilweise gefüllt. An dem Motor waren Schäden nicht festzustellen. Von den noch im Hafenkrankenhaus befindlichen Brandverletzten sind acht schwer verletzt.

Der Leipziger Spionageprozeß

Im Fälscherprozeß Scheck wurde gestern die Vernehmung des Angeklagten Schreck fortgesetzt. Wesentlich Neues ergab sie nicht. Schreck verschwieg noch immer den Namen eines, der an der Herstellung seiner Fälschung beteiligt sein sollen, wie er auch die Namen der Führer jener Organisation verschweigt, für die er angeblich mit dem Ziele der Errichtung einer nationalen Diktatur oder der Einigung der nationalen Verbände gearbeitet hat.

Nicht leugnen kann Schreck, daß die von ihm hergestellten Dokumente in Polen photographiert worden sind und daß die Photographien dem Völkerbund als Material gegen Deutschland vorgelegen haben.

Er behauptet jedoch, von der Auslieferung des Materials an Polen nichts gewußt zu haben. Festgestellt konnte werden, daß der Plan bestanden hat, den Mitangeklagten Koch zu beseitigen, der unter dem Namen Rukeba den Franzosen gefälschte Dokumente geliefert hat.

Ruhrkohle für Wien

Die „Neue Freie Presse" meldet im Zusammenhang mit der Diskussion, die über die voraussichtliche Gestaltung der Kohlenpreise im Verkehrsausschuß des Nationalrates geführt wurde, daß Vorbereitungen für die Zufuhr bedeutender Mengen von Ruhrkohle nach Wien im Gange seien. Die Deutsche Reichsbahn soll diese Kohlen zu ermäßigten Tarifen bis nach Regensburg befördern. Hier sollen sie auf Schiffe umgeladen und dann nach Wien transportiert werden.

Henry Ford empfängt Graf Luckner

Henry Ford hat Graf Luckner und seine Gattin in Neuyork empfangen und ihm einen Wagen seines neuesten Modells zum Geschenk gemacht. Graf Luckner überreichte als Gegengabe ein Bild des „Seeadler". Henry Ford erklärte u. a.: „Deutschland kann stolz auf Sie als Botschafter des Friedens sein" und hob in dem anschließenden Gespräch über sein Unternehmen hervor, daß sich unter seinen Mitarbeitern viele Deutsche befinden. Er fügte hinzu: „Ich bin ja selbst ein halber Deutscher, weil meine Mutter eine Deutsche war." Er gab Graf Luckner die Versicherung, daß das Bild des „Seeadler" den Ehrenplatz über seinem Schreibtisch einnehmen werde.

Kammersieg Poincarés

Die Kammerdebatte über die Frage der Aufhebung der Immunität für die fünf kommunistischen Deputierten hat mit einem Sieg Poincarés geendet. Mit 310 gegen 227 Stimmen lehnte das Haus den Antrag ab, der sich gegen die Verhaftung aussprach.

Die beiden kommunistischen Abgeordneten Cachin und Vaillant-Couturier, die von fünf gesuchten Kommunisten allein der Kammersitzung beiwohnten, sind nach Beendigung der Sitzung verhaftet worden.

Da kann Litauen nicht ablehnen

Die polnische Regierung hat einen neuen Versuch zur Beilegung der Differenzen mit Litauen unternommen. Durch einen besonderen Kurier wurde nach Kowno eine Note übersandt, die den Beginn der direkten Verhandlungen zwischen den beiden Staaten für Ende Januar in Riga vorschlägt. Als erste Verhandlungspunkte werden in der polnischen Note die Regelung des Grenzverkehrs, des Transit-, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs zwischen den beiden Ländern genannt.

Faschisten-Unfug in Brüssel

Gestern nachmittag drang eine Gruppe von Faschisten in die sowjetrussische Ausstellung in Brüssel ein und zerstörte verschiedene Ausstellungsstücke, darunter mehrere Kunstgegenstände.

Zum 100. Todestage Charlotte Buffs

Am 16. Januar 1828 starb Charlotte Buff, das Vorbild zur Lotte in Goethes „Werther", die mit dem Reichskammergerichtssekretär Joh. Georg Christian Kestner in Wetzlar vermählt war.